

49. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft

## **Politische Institutionen und Kultur in Südosteuropa**

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Akademie für Politische Bildung, Tutzing  
Tutzing, 4.-8. Oktober 2010

*Bericht von Stefanie Dolvig und Katharina Schalk, Regensburg*

Auch 2010 veranstaltete die Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing ihre alljährliche internationale Hochschulwoche. Professoren, Dozenten und Studenten aus Deutschland und Südosteuropa reisten an, um sich gemeinsam dem diesjährigen Thema „Politische Institutionen und Kultur in Südosteuropa“ zu widmen. Nach der Eröffnung und Begrüßung am Montag, den 4.10.2010, wurde jeder Tag einem anderen Thema gewidmet: (1) Politische Institutionen und Kultur, (2) Institutionenvergleich und (3) Institutionentransfer. Nach Plenarvorträgen am Vormittag trafen sich die Teilnehmer jeweils nachmittags in Arbeitsgruppen wieder, um über die Vorträge zu diskutieren und einen Bezug zu ihren aktuellen Forschungsthemen aufzubauen. In einer Feedback-Runde wurden die Ergebnisse aller Gruppen präsentiert. Das neue Konzept der Hochschulwoche fand bei den Teilnehmern großen Anklang. Am Freitag, den 8.10.2010, wurde die Hochschulwoche mit Abschlussvorträgen beendet.

In seiner Einführung in das Tagungsthema definierte *Wim van Meurs*, Radboud Universität Nijmegen, klassische Institutionen als Produzenten von politischen und gesellschaftlichen Regeln. Die Übernahme und Adaption aus anderen politischen Entitäten und Systemen – der Transfer – kollidiert im Prinzip sowohl mit dem vergleichenden Ansatz der Politikwissenschaft, der die Unabhängigkeit von Vergleichsfällen unterstelle, als auch mit dem nationalen Ansatz der Historiker, der vor allem die endogene Weiterentwicklung aus eigenen nationalen Traditionen betone. *Wolfgang Höpken*, Universität Leipzig, übernahm den Einstieg ins erste Panel „**Politische Institutionen und Kultur**“ mit dem Thema „Südosteuropa und die Theoriebildung zu politischen Institutionen“, indem er den theoretischen Ansatz von Institutionenforschung in seiner Bedeutung in verschiedenen Gesellschaftswissenschaften erläuterte. Institutionen werden zur Ordnung und Orientierung genutzt und die Institutionenforschung solle dafür genutzt werden, um *Mental Maps* aufzubrechen. *Arnd Bauerkämper*, Freie Universität Berlin, widmete sich in seinem Vortrag der Geschichtsschreibung und ihrem Umgang mit dem Konzept der politischen Kultur. Er betonte, dass sich Kulturtransfer nicht nur auf Individuen beziehen kann, sondern auch politische Institutionen müssten in Betracht gezogen werden. Das Konzept der politischen Kultur ermögliche dadurch den Gewinn von Erkenntnissen über die Entwicklung politischer Systeme im Zusammenhang mit politisch-kulturellen Dispositionen.

*Daniel Ursprung*, Universität Zürich, bot nach diesen eher theoretisch-abstrakten Einführungen eine praktische Anwendung in der historischen Forschung zum Thema „Faschismus in Südosteuropa: vom Sonderfall zum Fallbeispiel eines gesamteuropäischen Phänomens“ auf den generischen Faschismus und dessen Rolle in der südosteuropäischen Wissenschaft an. Er plädierte dafür, dass die üblich behandelten Beispiele von Italien und Deutschland nicht als Normalfall, sondern bestenfalls als zwei von dutzenden Fallbeispielen betrachtet werden sollten. Gleichmaßen seien ungarische, rumänische und kroatische faschistische Bewegungen für die Forschung gleichwertige, wenn auch politisch weniger erfolgreiche Beispiele von Faschismus als europäisches Phänomen. Zentrum und Peripherie seien somit nicht vorgegeben, sondern konstituierten sich erst im konkreten

Forschungskontext. Wenn der Faschismus von seinen Rändern her betrachtet werde, ergäben sich neue Perspektiven auf sein Zentrum. *Augusta Dimou*, Universität Leipzig, zeigte Institutionenforschung, die Transfer und Vergleich als Ansätze kombinierte, und sehr wohl als Gegengewicht zu übermäßiger Normativität. Sie beschrieb durch einen asynchronen Vergleich die Entwicklung vom Sozialismus in Griechenland, Serbien und Bulgarien zu verschiedenen Zeitpunkten (ca. 1860-1930) und welche Rolle dieser in den grundsätzlich agrarisch geprägten Gesellschaften übernahm. Wichtig bei einer vergleichenden Geschichte sei die Beziehung Stadt zu Land, die Ausrichtung der Agrarökonomie, wie die Nation vorgestellt werde, die Möglichkeiten der systemischen und professionellen Integration von Intellektuellen, verschiedene Einflüsse von West und Ost.

Mit dem Themengebiet „**Institutionenvergleich**“ beschäftigte sich unter anderem *Constantin Iordachi*, Central European University Budapest, in seinem Vortrag über die Staatsbürgerschaft. Die allgemeinen Staatsbürgerschaftskonzepte können dazu dienen, konkrete historische Ereignisse von ganzen Regionen zu beschreiben, wenn diese als homogene und monolithisch zu betrachten wären. Die moderne europäische Geschichte sollte aber aus einer ganzheitlich-vergleichenden Perspektive betrachtet werden, die die Vielfalt der historischen Erfahrungen und somit die Entstehung unserer gemeinsamen europäischen Identität(en) begründe. Eine einheitliche europäische Geschichte, welche einen passenden methodologischen Rahmen biete, würde Fallstudien über die Staatsbürgerschaft in Europa ermöglichen. *Jovica Luković*, Freie Universität Berlin, erläuterte in seinem Vortrag die Bildung und Funktion sozialer Institutionen in der Zwischenkriegszeit. Durch die soziale Differenzierung der europäischen Gesellschaft wurden Institutionen der Sozialversicherung geschaffen. Im Jahre 1922 wurden in Jugoslawien vier Institutionen der Arbeiterversicherung implementiert. In ihnen ließen sich die Prinzipien des Versicherungssystems erkennen: Allgemeinverpflichtung, Universalität, Gegenseitigkeit und Selbstverwaltung der Sozialbürokratie durch die Tarifpartner unter staatlicher Aufsicht. Nur durch internationale Verflechtung war eine nationale Institutionalisierung in Jugoslawien möglich.

Der Vortrag „Der korrupte Staat? – ein Vergleich“ von *Tina Olteanu*, Universität Wien, erläuterte die Problematik der Korruption in Südosteuropa. Die Korruptionserfahrung in Ost- und Südosteuropa ist sehr ausgeprägt. Schwerpunkt der Korruption stelle das Gesundheits- und Bildungssystem dar. Olteanu betonte, dass Bürger korrupt seien, da sie keine andere Wahl hätten. Die Rolle von Institutionen definierte sie folgendermaßen: Institutionen prägen das Verständnis von Korruption und die Korruption kann als Institutionalisierung mit großer Anpassungsfähigkeit betrachtet werden. *Heike Karge*, Universität Regensburg, behandelte die historische Dimension einer Institution – die Übernahme westlicher Vorstellungen und Praxen der Behandlung von Geisteskranken. Nicht nur wurden Ärzte aus Südosteuropa im Westen ausgebildet, sondern das Konzept an sich von Geisteskrankheit war ein westlicher Import. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts sei der Begriff „geisteskrank“ in keiner der südosteuropäischen Gesellschaften verwendet worden. Somit gab es auch keine Nervenkliniken. Anfangs entschieden Gerichte, wer als geisteskrank galt und somit in eine Klinik eingeliefert werden konnte. Später dann gingen Mediziner aus Südosteuropa vermehrt nach Paris und Wien, um sich dort schulen zu lassen. Das dort Erlernte importieren sie nach Südosteuropa, in ihre Heimatländer. Ab 1920 wurden dann auch immer mehr Statistiken geführt. In der Zwischenkriegszeit merkte man eine klare Modernisierung der Anstalten sowie die Anwendung neuer Behandlungsmethoden.

*Florian Bieber*, Universität Graz, führte die vierzig Zuhörer mit seinem Vortrag „Kontinuitäten und Brüche in der Entwicklung von Institutionen“ im Panel „**Institutionentransfer**“ zurück zur Gegenwart der Länder des ehemaligen Jugoslawiens, die

Schwierigkeiten haben, die Gesetze der Europäischen Union umzusetzen. Als Begründung sah er die „Pfadabhängigkeit“, da es vor Ort immer Zwänge und Bedingungen gebe. Deshalb bestehe die Gefahr, dass institutionelle Traditionen übernommen werden. Am Beispiel Bosnien und Herzegowinas verdeutlichte er, dass die mehrfache Präsidentschaft dort historisch nicht außergewöhnlich sei. Im ehemaligen Jugoslawien gab es nach 1980 auch eine siebenköpfige Präsidentschaft. Der Erfolg von Institutionentransfer nach BiH sei eingeschränkt, da man dort keinen Staat erschaffen kann, ohne dabei die drei Ethnien zu berücksichtigen. Föderalismus habe noch immer eine negative Konnotation durch den Staatsverfall. Als Fazit ließ sich festhalten, dass Institutionentransfer ohne Berücksichtigung einheimischer Traditionen und Kontext selten funktioniert.

Obwohl auf ein anderes Thema der Auseinandersetzung zwischen Transfer und Tradition bezogen, kam *Dietmar Müller*, Universität Leipzig, zu dem gleichen Fazit: „Die Institutionalisierung von Eigentumsformen im Südosteuropa des 20. Jahrhunderts“ verdeutliche die Spezifika der Eigentumskultur in Südosteuropa. Rechtsinstitute seien auf dem Weg des Rechtstransfers nach Südosteuropa gekommen, sowohl Verfassungen, Gesetze als auch Konzepte des Eigentums gehörten zu diesen. Erst im 19. Jahrhundert wurde die bis dahin fehlende Rezeption des Römischen Rechts in Südosteuropa nachgeholt. Die Agrarreformen nach 1918 führten zu wesentlich mehr Eigentümern, ihre Rechte wurden aber stark beschnitten und die Garantie des Eigentums sank. Die Etablierung eines sozialistischen Eigentumsbegriffs habe zu einem Bedeutungsverlust der Institutionen und Professionen geführt, welche sich mit dem Eigentum von Grund und Boden befassten, auch Kataster und Grundbücher verloren signifikant an Bedeutung.

Im abschließenden Panel hatte *Sabine Rutar*, Südost-Institut Regensburg, die schwierige Aufgabe, ein Fazit zu ziehen und eine breite Perspektive der „Südosteuropäischen Geschichte in der europäischen Geschichte“ aufzuzeigen. Sie plädierte für das Aufbrechen von Disziplingrenzen mithilfe der Institutionenforschung, welche *Mental Maps* aufbrechen könne. Außerdem müsse die Ungleichzeitigkeit der Gleichzeitigkeit, die Augusta Dimou in ihrem Vortrag dargestellt hatte, erkannt werden, da es stets Momente der Adaption gebe. Südosteuropäische Geschichte werde stets aus der europäischen Geschichte heraus geschrieben, obwohl sich zum Beispiel Mediziner aus Südosteuropa am Gedankengut in Wien bedient hätten, das sie dann zurück in ihre Heimatländer importierten. Rutar schloss sich Dietmar Müller an, dass sich Westeuropa bei der Europäisierung neuer Länder mehr einbringen, aber gleichzeitig aufhören müsse, sich als Maßstab zu sehen, da dies nur in eine Sackgasse führen könne.

*Wim van Meurs* fasste in seinen Schlussworten noch einmal die wichtigsten Punkte zum Thema Institutionentransfer zusammen. Er warnte davor, die Forschungsmode des Transnationalen zu übertreiben. Während nationale Historiker dazu neigten, Transfer und transnationale Verflechtungen auszublenden, drohe eine zu kulturalistische Betrachtung, Transfers zu konstruieren, die von Zeitgenossen nie als solche wahrgenommen würden – eine manchmal spannende, aber heikle Perspektive. Die abschließenden Worte über den Vergleich von Institutionen richtete *Dietmar Müller* an die Teilnehmer: Prinzipiell seien historische Vergleiche sehr anspruchsvoll, voller Fallen, aber auch sehr reizvoll. Ein expliziter Vergleich zwinge den Vergleichenden dazu, unausgesprochene Vorannahmen offen zu legen. Laut Müller ist auch das Vergleichen von Transferprozessen Bestandteil eines Vergleiches.

Nicht unerwähnt bleiben darf abschließend die exzellente Organisation der Hochschulwoche durch Johanna Deimel und Andrea Hoffmann (Südosteuropa-Gesellschaft) sowie Wolfgang Quaiser (Akademie für Politische Bildung). Ihnen und den Referenten ist das erfolgreiche

Gelingen der 49. Internationalen Hochschulwoche zu verdanken; ein besonderer Dank gilt dem Team der Akademie, welches die Teilnehmer bestens umsorgte.